



## Inhaltsverzeichnis

06.11.2025	DER RÜGENBOTE: BGE legt neue Arbeitsstände zu Endlager-Teilgebieten in MV vor	3
05.11.2025	Wendland: Verlängerte Zwischenlagerung: BI verlässt Dialogveranstaltung	4
06.11.2025	AG Schacht Konrad: Noch ein Atommüll-Lager im Braunschweiger Land?	6
06.11.2025	Bayerischer Rundfunk: Atommüll-Endlager: Fast ganz Bayern nun ungeeignet	7
06.11.2025	shz.de (Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag): Kernkraft mit den Grünen – warum Schleswig-Holstein in die Fusionsforschung einsteigt	9

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



DER RÜGENBOTE

## BGE legt neue Arbeitsstände zu Endlager-Teilgebieten in MV vor

6. November 2025 11:18 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Schwerin – Die Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hat am 3. November 2025 erneut Zwischenstände zur Bewertung der sogenannten rvSU-Ausschlussgebiete veröffentlicht. Dabei handelt es sich um Regionen, die im Rahmen der Standortsuche für ein mögliches Endlager für hochradioaktive Abfälle anhand geowissenschaftlicher Kriterien überprüft werden. Ziel dieser sogenannten „repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen“ (rvSU) ist es, Gebiete zu identifizieren, die für ein Endlager ungeeignet, wenig geeignet oder potenziell geeignet sind. Die nun veröffentlichten Arbeitsstände geben den aktuellen Stand dieser Bewertungen wieder.

Mecklenburg-Vorpommerns Klimaschutz- und Umweltminister Dr. Till Backhaus erklärte dazu: „Die heute veröffentlichten Ergebnisse bestätigen weitgehend die Bewertungen, die der Geologische Dienst Mecklenburg-Vorpommern bereits in seiner Stellungnahme vorgenommen hat. Das zeigt, dass unsere geowissenschaftliche Arbeit fundiert war und im Verfahren auf Bundesebene Gehör findet.“

Von den insgesamt sechs Teilgebieten in Mecklenburg-Vorpommern wurden diesmal die Gebiete 005 (Tonstein, Dogger) und 007 (Tonstein, Unterkreide) bewertet. Beide erhielten Einstufungen in die Kategorien C und D, also „wenig geeignet“ bis „ungeeignet“. Das in Rügen befindliche Teilgebiet 078\_08 (Salz, Zechstein) war bereits im Jahr 2024 als ungeeignet bewertet worden.

Backhaus betonte: „Das sind wichtige Zwischenergebnisse, aber keine abschließenden Bewertungen. Wir werden das weitere Verfahren konstruktiv begleiten und darauf achten, dass die geologischen Besonderheiten unseres Landes weiterhin sachgerecht berücksichtigt werden.“

Noch nicht bewertet wurden die Gebiete 004 (Ton, Tertiär), 006 (Ton, Lias) und 022 (Salzstock Werle). Ihre Bearbeitung ist bis Ende 2026 zu erwarten. Ende 2027 sollen die Vorschläge für mögliche Standortregionen durch die BGE vorgelegt werden.

„Mir ist wichtig, dass dieses Verfahren weiterhin transparent und wissenschaftsbasiert geführt wird. Sicherheit und Nachvollziehbarkeit müssen dabei oberste Priorität haben, damit wir eine hohe Akzeptanz in der Bevölkerung haben“, so Backhaus abschließend.

---

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Wendland

## Verlängerte Zwischenlagerung: BI verlässt Dialogveranstaltung

5. November 2025 12:46 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Am Dienstag Abend startete die **BGZ** den Dialogprozess in Sachen Verlängerte Zwischenlagerzeiten. Doch der Versuch kam nur bei einigen gut an. BI-Vertreter verließen die Veranstaltung bevor es zu inhaltlichen Gesprächen kam.

Am Anfang waren es rund 80 Interessierte, die ins VERDO gekommen waren, um am Start des Dialogprozesses zur Verlängerung der Zwischenlagerzeiten teilzunehmen. Nach gut einer Stunde waren es jedoch nur noch ca. 20 Menschen die blieben. BI-Vertreter und -Anhänger hatten geschlossen den Saal verlassen.

Damit verweigerten die Gorlebensgegner sich an diesem Abend daran zu beteiligen, herauszufinden, was der Inhalt und die Strukturen des Beteiligungsprozesses sein sollen. Das war jedenfalls der Plan der **BGZ**.

Die Veranstaltung war die erste in einem rund ein halbes Jahr dauernden Dialogprozess. Zunächst waren die Anwesenden an diesem Abend gefragt, zu mehreren Themenkomplexen ihre Vorstellungen und Wünsche einzubringen. Zum Beispiel wer in der geplanten 25-köpfigen Dialoggruppe sitzen soll.

### DIE DIALOGGRUPPE

Vorgesehen ist, dass diese Gruppe sich aus Vertreterinnen von Zivilgesellschaftlichen Initiativen und Institutionen aus der Region, Themen- bzw. Zielgruppenbotschafter, für Themen die nicht durch eine bestehende Gruppe abgedeckt werden acht ausgeloste Bürger (ausgewählt nach Alter und Geschlecht)

zusammensetzt. Die Vorschläge wer das konkret sein wird, sollen Bürger machen.

Diese Gruppe soll Konfliktfelder, Kernfragen wie zum Beispiel die Sicherheit der Castorbehälter und weitere Fragen, die im Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen sind, benennen. Hier sollen Vertreter möglichst vieler gesellschaftlicher Gruppen vertreten sein - nach paritätischen Kriterien vorgeschlagen und ausgewählt. Auch dies eine Aufforderung an Bürger, sich für eine Mitarbeit zu bewerben oder Personen vorzuschlagen. Acht Personen von den 25 Köpfen sollen ausgelost werden.

Unklar blieb, was passiert, wenn sich nur wenig Menschen an den Vorschlägen für Mitglieder der Dialoggruppe beteiligen. Die Antwort auf diese Frage war vage. Letztendlich sei die BGZ in der Verantwortung, die Zusammensetzung der Gruppe zu gestalten.

Im Frühjahr soll eine weitere öffentliche Veranstaltung stattfinden, auf der die inzwischen erarbeiteten Ergebnisse präsentiert und diskutiert werden sollen. Von Seiten der BGZ wurde versichert, dass das Resümee der Dialoggruppe Eingang in das Genehmigungsverfahren haben werde.

### BI GLAUBT NICHT AN ERNST GEMEINTEN DIALOG

Für die BI war ein besonders kritischer Punkt die Aussage von BGZ-Sprecher Zielinski, dass der Antrag auf Genehmigung bereits nächstes Jahr gestellt werde - zu einem Zeitpunkt an dem der Dialogprozess noch nicht abgeschlossen ist. Diese Aussage löste Verärgerung bei den BI-Vertretern aus. Auch die Aussage von Zielinski, dass die Ergebnisse aus der Bürgerbeteiligung laufend in das Genehmigungsverfahren eingearbeitet werden, konnte die Gorlebengegner nicht überzeugen.

Das war nicht der einzige Punkt, der die BI-Vertreter letztendlich veranlasste, die Veranstaltung zu verlassen. Stefan Weber, Abteilungsleiter für Genehmigungen und Sicherheit bei der BGZ antwortete auf die Frage nach der Sicherheit der Castorbehälter, dass diese jetzt noch nicht beantwortet werden können. Zu klären, wie die Sicherheit gewährleistet werden kann sei Teil des Genehmigungsverfahrens, an dessen Schluss der Nachweis der Sicherheit geführt werden müsse. Wenn diese Frage nicht geklärt werde, gäbe es auch keine Genehmigung. Für die Gorlebengegner eine unbefriedigende Antwort.

Insgesamt zweifelten die Gorlebengegner daran, ob mit dem am Dienstag gestarteten Dialogprozess eine ernst gemeinte Bürgerbeteiligung stattfinden soll oder nur Akzeptanzbeschaffung durch moderne Unternehmenskommunikation.

Für den BI-Vorsitzenden war eine reale Chance zur sachlichen Zusammenarbeit vertan. "Man sollte sich erst einmal über die Streitpunkte in der Zwischenlagerung und den Inhalt von Beteiligung verständigen, um dann gemeinsam ein Verfahren aushandeln", wird er in einer Mitteilung der BI zitiert.

Im Saal wurde genau das versucht. Die verbliebenen rund 20 Teilnehmer formulierten erste Anforderungen an die Struktur des Beteiligungsprozesses - zum Beispiel den zu beteiligenden Experten, der Zusammensetzung der Dialoggruppe - aber auch Themen, die im Genehmigungsverfahren berücksichtigt werden müssen - wie zum Beispiel die Sicherheit..

Parallel zum Geschehen im Saal handelten die BI-Vertreter mit BGZ-Sprecher Zielinski und einem der IGP-Vertreter ihre eigenen Vorstellungen von Beteiligung aus. Demnächst sollen Gespräche zwischen BI und BGZ darüber geführt werden, wie ihre (der BI) Kernforderungen Eingang in das anstehende Genehmigungsverfahren finden können.

Die Vorstellungen und Vorschläge der Bürger im Saal spielten dabei keine Rolle.

Unklar bleibt, wo Bürger, die nicht an der gestrigen Veranstaltungen teilgenommen haben, aber Interesse an einer Beteiligung haben, Informationen bekommen, wie der Dialogprozess abläuft und wie mensch sich beteiligen kann. Bisher gibt es nur eine Email-Adresse (veranstaltungen@bgz.de) oder die Möglichkeit, sich mit dem Standortkommunikator Tristan Zielinski in Verbindung zu setzen (Tel. 05882-102 86). Auf der Website der BGZ ist kein Hinweis auf den aktuellen Dialogprozess zu finden.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH



AG Schacht Konrad

## Noch ein Atommüll-Lager im Braunschweiger Land?

6. November 2025 17:41 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

(Do., 6.11.25/SW) Seit Montag Abend rauscht die Nachricht von einem möglichen Endlager für hoch-radioaktiven Atommüll (CASTOR-Behälter) im westlichen Braunschweiger Land durch lokale Presse und Online-Medien. Auslöser dafür war eine zweieinhalbstündige Info-Veranstaltung der BGE (Bundesgesellschaft für Endlagerung) am Montag dieser Woche. Die Veranstaltung wurde aufgezeichnet und kann im Youtube-Kanal der BGE angesehen werden.

BGE-Geschäftsführerin Iris Graffunder erklärte, dass es sich dabei um eine weitere Konkretisierung der Arbeitsergebnisse aus 2024 handele. Mittlerweile seien 29 der 90 von der BGE definierten "Teilgebiete" betrachtet worden. Dazu Graffunder: "Die orange- und gelbeingefärbten Flächen haben die ersten beiden Prüfschritte der vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen nicht bestanden und sind als Endlagerstandort ungeeignet (orange) oder gering geeignet (gelb).[...] Die in Türkis dargestellten Gebiete zeigen, wo die ersten beiden Prüfschritte der vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen abgeschlossen sind und die tiefergehende sicherheitsgerichtete Bewertung beginnt. Die grauhinterlegten Gebiete stehen noch am Anfang des Prüfprozesses, sollen aber bis Mitte 2026 auch die ersten beiden Prüfschritte durchlaufen haben, so dass dann keine grauen Flächen im Bundesgebiet mehr vorhanden sein werden."

Ausgerechnet der zurückhaltende Farbton Türkis löst nun aber in den betroffenen Gebieten erste Alarmbereitschaft aus. Die Braunschweiger Zeitung titelte mit "Diese Orte in der Region Braunschweig müssen jetzt zittern" und "Für einige Städte und Gemeinden in unserer Region wird es immer enger: trotz Asse und Schacht Konrad." Niedersachsen Umweltminister Christian Meyer fordert im NDR mehr Klarheit.

Deutlichere Reaktionen aus der Kommunalpolitik liefert bereits Heidelberg: Wie der der SWR heute mitteilte, lehne die Stadt Heidelberg ein **Atommülllager** ab. Auch der Bürgermeister des Landkreis Emsland erklärt in der Ems-Vechte-Welle öffentlich "kein **Endlager** zu wollen". In Sachsen zeigen sich das Erzgebirge und die Lausitz "schockiert" usw. und so fort...

Es scheint weder der Bundesregierung noch der **BGE** zu gelingen, mit ihrer angedachten "Öffentlichkeitsbeteiligung" Akzeptanz für die Standortwahl zu erzeugen.

EWN Entsorgungswerk für Nuklearanlagen GmbH

 Bayerischer Rundfunk

## Atommüll-Endlager: Fast ganz Bayern nun ungeeignet

6. November 2025 11:59 | Medienart: Online

[Originalartikel](#) (Online Website)

Wie reagiert Bayern auf die Ergebnisse? Bayerns Umweltminister Thorsten Glauber (Freie Wähler) erwartet jetzt, dass die bayerischen Gebiete, die noch im Rennen sind, bald aus dem Verfahren genommen werden. Er begründet das mit den geologischen Voraussetzungen: "Solche Gesteinsformationen sind in Bayern nach derzeitiger Erkenntnis des Bayerischen Geologischen Dienstes nicht vorhanden", heißt es in einer Mitteilung aus dem Umweltministerium. Die Begeisterung im Bayerischen Wald hält sich in Grenzen. Dort kommen Gebiete weiterhin für ein **Endlager** in Frage. Bettina Blöhm von der Bürgerinitiative gegen ein **Atommüllendlager** im Saldenberger Granit sagt dem BR: "Das wäre ein massiver Eingriff in unser Gebiet, in unsere Infrastruktur, in unsere gesamte touristische Region in Niederbayern. Mir wäre es lieber gewesen, wir wären als Gebiet gleich rausgeflogen."

Was ist mit noch nicht untersuchten Regionen? Während in Bayern alle Untersuchungen in der deutschlandweit laufenden ersten Erkundungsphase abgeschlossen sind, halten sie im Bundesgebiet weiter an. 2026 soll es wieder ein Update geben. Allerdings betont die **BGE**, dass die jetzt veröffentlichten Ergebnisse nicht verbindlich sind. Der Bundestag entscheidet bis Ende 2027 auf dieser Basis, welche Regionen weiter erkundet werden. Spätestens bis 2050 will das Bundesumweltministerium ein **Endlager** gefunden haben – 20 Jahre später als ursprünglich geplant.

Wieso dauert der Prozess so lange? Das Verfahren ist sehr komplex. Experten untersuchen, wie rissfest der Boden ist, ob es Anzeichen für vulkanische Aktivitäten oder tektonische Störungen wie Erdbeben gibt und

wie viel Gestein überhaupt vorhanden ist. Bruno Thomauske, Physiker und Experte für Atomkraft, kritisiert den Prozess, der im Vergleich zu anderen Ländern sehr lange dauert: "Deutschland ist das einzige Land, das ein bestmögliches Atommüllendlager sucht, nicht "nur" ein geeignetes." Der Physiker vermutet, dass die Endlagersuche bis mindestens in die 2080er Jahre andauern wird. Iris Graffunder, Vorsitzende der Bundesgesellschaft für Endlagerung, verteidigt den langen Vorlauf: "Mir ist wichtig, dass wir den Menschen zeigen, dass wir weiter vorankommen und dass man auch sieht, welche Regionen jetzt rausfallen und welche weiter im Rennen sind." Es brauche den Diskurs für den Erfolg der Endlagersuche.

---

Zweifel unter Koalitionspartnern

## Kernkraft mit den Grünen – warum Schleswig-Holstein in die Fusionsforschung einsteigt

Schleswig-Holstein beteiligt sich auf Initiative von Forschungsministerin Dorit Stenke an einer Allianz zum Vorantreiben der Kernfusion. Die Grünen im Land tragen die Pläne der CDU-Frau mit – aber nur halbherzig.

Das letzte Atomkraftwerk in Schleswig-Holstein ist vor knapp vier Jahren in Brokdorf abgeschaltet worden – doch jetzt nimmt die schwarz-grüne Landesregierung einen neuen Anlauf zur Kernenergie. Allerdings will sie nicht in die bisherige Form der Kernkraft einsteigen, die auf Atomspaltung beruhte und daher viel radioaktiven Müll verursachte. Vielmehr beteiligt sich das Land gemeinsam mit fünf weiteren Ländern an einer Allianz zur Forschung an der deutlich strahlungsärmeren Kernfusion.

Die Kernfusion funktioniert wie die Sonne. Wasserstoff soll in einem Reaktor kontrolliert zu Helium verschmolzen werden. Dabei wird fast unerschöpflich Energie frei – und zwar ohne langlebigen Atommüll und klimafreundlich, weil emissionsfrei. Die Kernfusion gilt daher als Zukunftshoffnung der Energiewende. Allerdings wird seit über einem Jahrhundert an einer solchen künstlichen Sonne auf Erden geforscht, bisher ohne Erfolg.

Doch das will Schleswig-Holstein in der neuen „Fusionsallianz“ gemeinsam

mit Bayern, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen nun ändern. Die Länder wollen Wissenschaft, Industrie und Politik besser vernetzen, um ein ehrgeiziges Ziel zu erreichen: Das weltweit erste kommerzielle Fusionskraftwerk soll in Deutschland entstehen.

### Land stellt Röntgenlaser-Tunnel in Schenefeld bereit

„Die Fusionsallianz macht aus Vision Wirklichkeit“, sagt die Kieler Forschungsministerin Dorit Stenke. Zwar beteiligt sich das Land nicht mit frischem Geld an dem Bündnis. Doch stellen Schleswig-Holstein und Hamburg den fast dreieinhalb Kilometer langen unterirdischen Röntgenlaser-Tunnel „European XFEL“ zwischen Schenefeld und der Elbmétropole bereit. „Aus Vision wird Wirklichkeit“: Schleswig-Holsteins Forschungsministerin Dorit Stenke, CDU. Foto: Jürgen Sieg

„Mit dem European XFEL bringt der Norden eine weltweit einzigartige Forschungsinfrastruktur in die Partnerschaft ein“, sagt CDU-Ministerin Stenke. Zudem würden sich an der Universität in Kiel bereits Arbeitsgruppen mit der Fusionsforschung befassen.

Die Grünen in Schleswig-Holstein sind skeptisch. Zwar tragen sie Stenkes Pläne

zur Fusionsforschung mit, aber machen auch klar, dass sie sich wenig davon erhoffen. „Wenn die CDU darauf besteht, können wir ruhig ergebnisoffen an dieser Technik weiterarbeiten“, sagt Landesenergieminister Tobias Goldschmidt. Er erkenne jedoch „nicht den großen praktischen Wert für Deutschland – denn der Zeithorizont mit erwarteten Ergebnissen zum Ende des Jahrhunderts wird uns bei der Energiewende nicht helfen“. „Ich erkenne nicht den praktischen Wert“: Schleswig-Holsteins grüner Energieminister Tobias Goldschmidt. Foto: Frank Molter

Der grüne Landtagsfraktionschef Lasse Petersdotter hält die freie Forschung auch an der Kernfusion zwar für einen „extrem wichtigen Wert“ – nicht zuletzt „für die Innovationsfähigkeit Deutschlands“. Daher spreche für ihn „grundsätzlich nichts gegen eine Beteiligung Schleswig-Holsteins an der Kernfusionsforschung“. Aber man dürfe „keine unrealistischen Erwartungen“ hegen, mahnt Petersdotter: „Die Kernfusion wird auf absehbare Zeit keine relevanten Auswirkungen auf die Energiegewinnung in Deutschland haben.“ Zudem dürfe es „nicht zu weiterem Atommüll kommen“.

Wörter:	469	Ausgabe:	Einzelausgabe
Autor/-in:	Henning Baethge <a href="https://www.shz.de/kontakt/autor/Henning-Baethge-20001659">https://www.shz.de/kontakt/autor/Henning-Baethge-20001659</a>	Visits (VpD) <sup>1</sup> :	255.905
		Unique Users (UUpD) <sup>2</sup> :	40.000
Ressort:	PLUS		
Rubrik:	Schleswig-Holstein		
Medienkanal:	ONLINE		
Mediengattung:	Online News		
Medientyp:	ONLINEMEDIEN		

Weblink: <https://www.shz.de/deutschland-welt/schleswig-holstein/artikel/kernkraft-mit-den-gruenen-warum-sh-in-fusionsforschung-einsteigt-49481718>

<sup>1</sup> von PMG gewichtet 09-2025

<sup>2</sup> gerundet agma ddf Ø-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+